Die Einwirkungen der Kriegs-zwangswirtschaft auf das Handwerk.

Auszug

aus einer Schrift
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staats-wissenschaften *(rer. pol.)* bei der rechts- und staatswissen-schaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau

vorgelegt von

Rolf Malucke

aus Ratibor

Neusalz (Oder) 1927

Buchdruckerei Curt Stobbe Neusalz (Oder), Markt 9a

Gedruckt mit Genehmigung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau. Berichterstatter: Professor Dr. Hesse.

Schon lange vor dem Kriege waren die Meinungen über die wirtschaftliche Lage des Handwerks außerordentlich verschieden. Die Handwerker selbst fühlten sich durch die zunehmende Industrialisierung bedroht, aber sie brachten doch nicht die Kraft auf, sich dieser Gefahr in einmütiger Abwehr entgegenzustellen.

Die umstrittene wirtschaftliche Lage des Handwerks hatte sich, als der Krieg begann, nicht geändert.

Zahlreiche Handwerksbetriebe wurden wegen Einziehung der Meister und Gesellen geschlossen, die übrigen litten, mit Ausnahme der Lebensmittelgewerbe, an Arbeitsmangel. Die nach und nach einsetzenden Aufträge für das Heer brachten nicht die erhoffte Besserung, weil die Handwerker nicht in dem erwarteten Maße daran beteiligt wurden.

Die Zwangswirtschaft, die in dem Mangel an Nahrungsmitteln, Roh- und Hilfsstoffen sowie menschlicher Arbeitskraft begründet war, brachte neue Schwierigkeiten.

Durch die verschiedentlichen, aus sozialpolitischen Gründen erlassenen Höchstpreisgesetze vermochte man das Steigen der Preise nicht hintanzuhalten. Die betroffenen Gegenstände — es handelte sich zunächst hauptsächlich um Brot, Mehl und Fleisch — verschwanden vom Markte, wurden anderwärts verkauft oder von den Handwerkern in höchstpreisfreie Waren umgeformt. Um dem entgegentreten zu können, wurde die Höchstpreispolitik mehr und mehr verfeinert und ausgedehnt. Gleichwohl genügten die Höchstpreise nicht. Deshalb wurden nebenher Vorratserhebungen, Beschlagnahmen, Verarbeitungsverbote und Verbrauchsbeschränkungen ausgesprochen und zur einheitlichen Durchführung dieser Maßnahmen besondere Kriegsgesellschaften gegründet.

Mit der zentralen Bewirtschaftung ergaben sich für alle die Handwerker, welche nicht mit Heereslieferungen versehen waren, große Schwierigkeiten, weil die vorhandenen Rohstoffe zunächst den Kriegslieferanten zugute kamen und erst der Rest für zivile Produktion freigegeben wurde.

Eine weitere Folge der Rohstoffkontingentierung war die Abwanderung der Arbeitskräfte. Die Gesellen und Lehrlinge gingen zur Großindustrie über, die ihnen höhere Löhne, Schwerarbeiter-Lebensmittelzulagen und auch günstigere Aussichten auf Reklamierung vom Kriegsdienst in Aussicht stellte.

Rohstoff- wie Arbeitermangel führten nicht nur zur Einschränkung, sondern sogar zum völligen Stillstand einer Reihe von Werkstätten. Man setzte einerseits die Höchstpreise so niedrig, daß die Betriebe mit hohen Gestehungskosten ausfallen mußten, andererseits entzog man ihnen Rohstoffe und Heereslieferungen, sodaß eine Stillegung unvermeidlich war. Auch die Zusammenlegung mehrerer Betriebe zu einem einzigen erfolgte zwecks Ersparnis an Material und Arbeitskräften.

Neben die Bewirtschaftung der Rohstoffe trat gegen Ende 1916 die Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitkraft. Die Besorgnisse der Handwerker hinsichtlich dieser Kriegsmaßnahme waren übertrieben. Die Einberufungsausschüsse erklärten eine große Zahl von Gewerbebetrieben als kriegswichtig, und nur die Angehörigen des Baugewerbes, der Luxusgewerbe und der Gewerbe mit Rohstoffmangel wurden in stärkerem Maße vom Hilfsdienst erfaßt.

Im zweiten Teil der Arbeit sind die einzelnen Handwerkszweige behandelt, wobei zunächst auf das Baugewerbe und seine Hilfsgewerbe eingegangen worden ist. Diese Handwerkszweige litten stark unter der Abnahme der privaten Bautätigkeit, welche in den ersten Kriegsjahren durch steigende Verteuerung aller Baustoffe mehr und mehr erschwert und schließlich durch allgemeine Bauverbote überhaupt unmöglich gemacht wurde. Die vorhandenen Bauhandwerker wanderten deshalb meist in die Kriegsindustrie ab und es ergab sich schließlich, daß sich für Rüstungsbauten kaum noch die notwendigen gelernten Arbeitskräfte finden ließen. Gleich schwierig lagen die Verhältnisse bei den Hilfsgewerben des Bauhandwerks.

Unter den Bekleidungsgewerben heben sich vor allem das Schneider- und das Schuhmachergewerbe heraus. Die militärische Versorgung stand im Vordergrund. Sie durfte nicht gefährdet werden und erheischte die schärfsten obrigkeitlichen Maßnahmen, die letztenendes zur Stillegung einer Reihe von kleineren Werkstätten, aber andererseits auch zu stets erneuten Umgehungen der Zwangswirtschaft führten.

Eine weitere Gruppe bildeten die Nahrungsmittelgewerbe. Man hat vor schwerwiegenden Eingriffen nicht zurückschrecken können, aber soweit Müller, Bäcker und Fleischer betroffen wurden, blieb gar keine andere Möglichkeit, als diesen Handwerkern auf Grund möglichst genauer Feststellungen trotz des verminderten Umsatzes diejenigen Verdienstspannen zu erhalten, die immer noch genügend Anreiz zur Weiterführung des Betriebes boten. Auch die von 1916 ab durchgeführte Zusammenlegung von Bäckereien und Fleischereien beließ den betroffenen Handwerkern möglichst die bisherigen Gewinne.

Es folgen die Holz verarbeitenden Gewerbe, die weniger durch die Zwangswirtschaft als durch die allgemeinen Folgeerscheinungen des Krieges betroffen wurden; denn es fehlte vor allem an den nötigen Aufträgen, während Holz und Leim meist in genügender Menge vorhanden waren.

Im folgenden sind die Metall verarbeitenden Gewerbe behandelt, die schon deshalb stark von der Kriegszwangswirtschaft beeinflußt wurden, weil nahezu alle Metalle als kriegswichtig beschlagnahmt waren.

Auch die sogen. „Schmückenden Gewerbe", zu denen u. a. Tapezierer, Friseure, Uhrmacher usw. gehören, sind nicht einheitlich zu beurteilen; denn es ist zu bedenken, daß die Zwangswirtschaft nicht jegliche Produktion, sondern nur jene Erzeugung beeinflussen wollte, die zu ihrer Tätigkeit auf den Verbrauch knapper sowie kriegs- und lebenswichtiger Roh- und Hilfsstoffe angewiesen war.

Die Schlußgruppe wird durch die „Verschiedenen Gewerbe" gebildet, die nur kurz behandelt sind, weil sich die Einwirkungen der Zwangswirtschaft auf die vielen kleinen und kleinsten Handwerkszweige häufig überhaupt nicht nachweisen lassen.

Aus den bisherigen Feststellungen ergibt sich nun, daß man die Lage des Handwerks unter der Kriegszwangswirtschaft — infolge der Verschiedenheit der einzelnen Gewerbezweige — ebenso wenig wie in der Vorkriegszeit, als einheitlich günstig oder ungünstig bezeichnen kann. Stadt- und Landhandwerker litten unter dem Einfluß obrigkeitlicher Maßnahmen. Wenn es ihnen dennoch in den meisten Fällen gelang, ihre Werkstätte in Betrieb zu halten, so liegt das an der Energie und Zähigkeit der Handwerker, die sie die wirtschaftlichen Nöte schlecht und recht überwinden ließ und ihnen auch den Wiederaufbau nach dem Kriege sehr erleichterte.